

91. Sitzung des Niedersächsischen Landtags
08. Dezember 2010

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier im Landtag wiederholt über die Einführung kommerzieller lokaler Rundfunksender debattiert. Sie von CDU und FDP haben die entsprechenden Änderungen des Niedersächsischen Mediengesetzes hier mehrheitlich gegen die Stimmen der Linken und anderer Fraktionen verabschiedet. Ich wiederhole hier: Das war eine falsche Entscheidung. Sie gefährden die Bürgersender vor Ort. Das ist medienpolitisch unverantwortlich. Ich möchte mich im Übrigen allem anschließen, was Frau Helmhold dazu gesagt hat; sie hat völlig recht.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir haben hier im Landtag kürzlich über den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag abgestimmt. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde mehrheitlich, mit den Stimmen von CDU und FDP, angenommen. Das war keine politische Glanzleistung. Das Ansinnen war zwar löblich - Kinder und Jugendliche sollten vor Internetinhalten geschützt werden, die ihrer Entwicklung schaden können -, aber das Mittel ist denkbar schlecht und untauglich: Die Eltern sollen ein Filterprogramm auf den PCs installieren. Anbieter, die ihre Inhalte auch für Kinder bereitstellen wollen, müssen sie mit Altersangaben kennzeichnen. Das aber können kleine Anbieter einfach nicht leisten; sie werden also benachteiligt. Höchstens ganz junge Kinder können mit solch einer Filterung sinnvoll geschützt werden. Für ältere Kinder ist solch ein Restinternet nicht attraktiv. Sie werden woanders surfen oder das Programm umgehen. Völlig untauglich ist die Verankerung von Vorschriften zur Zeitbegrenzung nicht jugendfreier Angebote, als sei das Internet ein Fernsehsender mit Sendezeiten. Wer das befürwortet, hat den Charakter des Internets überhaupt nicht begriffen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wichtig und sinnvoller wäre die frühzeitige Förderung von Medienkompetenz. Damit sollte durchaus schon im Kindergarten begonnen werden. Aber da hapert es; denn in den niedersächsischen Ausbildungsgängen für die Kräfte in Kindertagesstätten kommt dieses Thema nicht vor. So bleibt der Umgang mit Medien im Kindergarten auf der Strecke. In Schulen sieht es kaum besser aus. DIE LINKE fordert Sie auf, nicht mehr nur zuzusehen, was andere im Bereich Medienkompetenz tun und dabei bestenfalls nicht zu stören, sondern endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden und ein eigenes Konzept zur Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu erstellen und umzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Damit Ihnen für die ersten Schritte im Jahr 2011 die entsprechenden Mittel auch zur Verfügung stehen, haben wir in unseren Haushaltsanträgen ein Startbudget von 50 000 Euro eingestellt, und zwar schon vor Wochen, Herr Hogrefe. Wir hoffen, dass wir Ende 2011 alle gemeinsam in diesem Landtag Anlass haben werden, zur Umsetzung Ihres dann ausgereiften

Medienkompetenzförderungskonzepts eine deutlich höhere Summe für das Jahr 2012 in den Haushalt einzustellen. Das wäre kluge und weitsichtige Medienpolitik.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, nun zur Europäischen Union. Da kommt es wie bei vielen Dingen im Leben darauf an, wie man an die Sache herangeht und mit welcher Grundhaltung man die Dinge gestaltet. Wenn man nationalstaatliches Denken überwinden, internationale Solidarität fördern und sich bemühen will, die Lebenssituation der vielen ganz normalen Menschen zu verbessern, dann kann man mit einem so gestalteten Europa die Menschen sicherlich begeistern. Was aber ist aus der Europäischen Union geworden?

(Ulf Thiele [CDU]: Sie haben in das Europäische Parlament ja nur Linksradikale geschickt!)

Der im Lissabonvertrag verankerte Grundsatz der offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verschlechtert die Lebensbedingungen der Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sozialstandards werden abgesenkt, Lohndumping wird betrieben, Arbeitsbedingungen werden verschlechtert. Aber für CDU und FDP und für diese Landesregierung ist das völlig in Ordnung. Sie fördern Produktion und Wettbewerb auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben sogar eine Ministerin, die findet, dass fünf Euro pro Stunde für bulgarische Arbeitnehmer viel Geld und durchaus akzeptabel sind.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Netto!)

Niemand aus dieser Landesregierung oder aus der Regierungskoalition hat sich heute Morgen in der Debatte klar dazu geäußert, dass fünf Euro pro Stunde ein ausbeuterischer Skandallohn sind!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Landesregierung billigt so etwas. Sie tut nichts dagegen und profitiert teilweise sogar davon. Sie schauen seelenruhig zu, wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgebeutet und gegeneinander ausgespielt werden und wie Armut und prekäre Beschäftigung zunehmen. Inzwischen sind wir so weit, dass dänische Fleischproduzenten in Deutschland und auch in Niedersachsen schlachten lassen, weil es hier so schön billig ist. Das ist die Logik des Lissabonvertrages. Länder wie Frankreich fordern inzwischen, dass Deutschland doch endlich ordentliche Löhne zahlen soll. Aber Sie wollen keinen Mindestlohn als untere Schranke. Sie tun nichts zur Stärkung der Gewerkschaften. Im Gegenteil, Sie fordern über Jahre zu Lohnzurückhaltung auf. Sie setzen sich nicht für eine soziale Fortschrittsklausel in der Europäischen Union ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, das Problem ist Ihre Haltung zur Europäischen Union. Für Sie ist die Europäische Union nur ein erweiterter schrankenloser Absatzmarkt für deutsche und niedersächsische Exporte, weil Deutschland dafür zu klein wurde. Die Verbesserung der sozialen Situation der Menschen hat für Sie wenig Priorität. Ihre einseitige Parteinahme zeigt sich auch, wenn Mitgliedstaaten Hilfe benötigen. Wie z. B. Griechenland: Die werden genötigt, die Löhne zu senken, den Kündigungsschutz abzubauen, das Renteneintrittsalter und die Mehrwertsteuer zu erhöhen. All diese Dinge, die fast alle Menschen negativ betreffen, sind dann erlaubt. Aber wenn es um die Erhöhung der Dumpingsteuer für Unternehmen in Irland geht, wenn Spekulation verhindert und wild werdende Finanzmarktakteure eingefangen werden sollen, dann heißt es plötzlich, da ginge nichts in der EU wegen der nationalen Souveränität. Wo bleibt dieses Argument eigentlich beim größten Sozialabbau in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg?

(Beifall bei der LINKEN)

Die Europapolitik Ihrer Landesregierung beschränkt sich auf das Beschaffen möglichst hoher EU-Förderbudgets für die Klientel, die Sie vertreten. Meine Damen und Herren, wir als Linke fordern Sie auf, sich energisch dafür einzusetzen, dass EU-Fördermittel in der neuen EU-Förderperiode nach ökologischen und sozialen Kriterien vergeben und regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert werden. Nachhaltigkeit ist gefragt und Politik für die Menschen - statt für die Profite Weniger.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Förderung transeuropäischer Verkehrsnetze, über die Milch aus Niedersachsen nach Süddeutschland und dafür Milch aus dem Allgäu nach Niedersachsen gefahren wird, zerstört mit den Abgasen unsere Umwelt, mit den LKWs unsere Autobahnen, mit dem dazu gehörigen zerstörerischen Wettbewerb das soziale Gefüge und mit den dahinter stehenden Quasimonopolstrukturen der Handelskonzerne die Existenz der Milchbauern. Genauso unethisch und verantwortungslos sind EU-Subventionen für den Export von Geflügelfleisch, um nur ein weiteres Beispiel verfehlter Förderpolitik zu nennen. Ich will Ihnen einmal die Konsequenzen für Ghana darstellen: Seit 1996 sind die Importe von Hühnerfleisch um ca. 800 % auf 90 000 Tonnen gestiegen. Davon kam 2009 fast ein Viertel aus der EU. Im Frühjahr dieses Jahres existierte in Ghana faktisch keine Geflügelmast mehr. Der Versuch Ghanas im Jahr 2003, sich durch Zölle vor der Vernichtung bäuerlicher Existenzen zu schützen, wurde durch den Druck des IWF und der Weltbank und mit der Drohung, keine neuen Kredite mehr zu vergeben, verhindert. Da wird der wirtschaftliche Erfolg auch Niedersachsens auf dem Rücken der armen Menschen in der Dritten Welt ausgetragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Hogrefe, Sie als obersten Bauchpinsler in diesem Parlament möchte ich darauf hinweisen, - - -

(Oh! bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:
Etwas ruhiger, bitte!

Kreszentia Flauger (LINKE):

- - - dass es hier tatsächlich so ist, wie Sie dargestellt haben: Dieser Ministerpräsident, dieser Europaminister nimmt keine Rücksicht auf andere. Das tut er auch an dieser Stelle nicht. Wir finden das ausdrücklich falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, leider unterschätzen viele die Bedeutung der Europäischen Union für unseren Alltag. Wir verdanken der Europäischen Union ja auch Positives

(Klaus Rickert [FDP]: Nein, endlich mal etwas Positives!)

- das haben wir immer gesagt; Sie tun allerdings so, als seien wir grundsätzlich gegen die Europäische Union -, z. B. im Bereich des Kampfes gegen die Diskriminierung von Frauen. Trotz allem lag die Wahlbeteiligung in Niedersachsen bei der vergangenen Europawahl bei traurigen 40,3 %. Wir haben in Niedersachsen das Europäische Informations-Zentrum, dessen ausgezeichnete Arbeit ich hier gern ausdrücklich lobe. Die Damen und Herren leisten dort einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über die Europäische Union.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber jedes Jahr wieder muss das Europäische Informations-Zentrum um Haushaltsmittel ringen. Ein einziges Mal, nämlich im Wahljahr 2009, waren Sie etwas großzügiger. Ansonsten wurden jedes Jahr aus anderen verschiebbaren Positionen ein paar Euro dazugeschoben. Das ist nicht transparent, nicht sehr haushaltsehrlich und auch nicht gut für die Planbarkeit der Aktivitäten des EIZ. Dieses Jahr sind Sie sogar mit einer Kürzung der EIZ-Mittel um mehr als 10 % im Vergleich zum Vorjahr in die Haushaltsplanung gegangen. Wir fordern Sie auf, das Europäische Informations-Zentrum verlässlich und finanziell gut auszustatten. Wir haben einen Antrag eingebracht, in dem wir die Ausstattung mit 150 000 Euro statt der von Ihnen eingebrachten 67 000 Euro fordern. Damit könnte die gute undwichtige Öffentlichkeitsarbeit des EIZ ausgebaut werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Sorgen Sie für eine gezielte und systematische Konzeption und Koordination der Aktivitäten verschiedener niedersächsischer Akteure zur Öffentlichkeitsarbeit zur EU. Wir haben Sie dazu bereits Anfang des Jahres mit einem Antrag aufgefordert. Aber den haben Sie ohne wirkliche inhaltliche Argumente abgelehnt, wie Sie ja bisher alles abgelehnt haben, was von der Linken gekommen ist, und wenn es noch so richtig war.

(Thomas Adasch [CDU]: Es kommt ja nichts Vernünftiges! - Glocke der Präsidentin)

- Das war ein sehr richtiger Antrag. Sie konnten inhaltlich nichts dagegen sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehr unbefriedigend war Ihre Antwort auf unsere Anfrage, was die Landesregierung anlässlich des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung vorhat. Dazu haben Sie uns am 29. Dezember des letzten Jahres eine Antwort geschickt, in der Sie aufgezählt haben, was andere tun, was Sie alles an Statistiken anfertigen wollen und dass sich die Situation ja schon leicht gebessert habe. Meine Damen und Herren, das ist zu

wenig, wie auch sonst Ihr europapolitisches Engagement bisher arg zu wünschen übrig lässt.
Wir fordern Sie auf, endlich europapolitisch zu gestalten und nicht nur zu verwalten.

(Beifall bei der LINKEN)